

„Der Präsident war nicht ganz aufrichtig“

Jahrelang behauptete Washington, die USA seien wider Willen in den Vietnamkrieg geschlittert — es war eine Lüge. Jetzt enthüllte die „New York Times“ eine Pentagon-Studie, die erstmals die Wahrheit über Vietnam dokumentiert. Danach unternahm Washington „vorsätzliche Versuche, die Volksrepublik Vietnam zu provozie-

ren, solche Aktionen zu unternehmen, die dann mit einer systematischen US-Bombenattacke beantwortet werden können“. Ein amerikanisches Gericht verbot der „New York Times“, die Veröffentlichung der peinlichen Papiere fortzusetzen: Amerika erlebt seinen bislang schwersten Konflikt zwischen Staatsgewalt und Pressefreiheit.

Man feierte à la Johnson. Im Freien, mit zwei Tonnen Rindfleisch und zwei Tagen Verspätung, beging der Präsident, ein friedfertiger Wahlkämpfer, seinen 56. Geburtstag.

„Man hat mir empfohlen“, so erläuterte Lyndon Johnson den Barbecue-Gästen am 29. August 1964 seine Vietnampolitik. „unsere Flugzeuge mit Bomben zu beladen und diese dann auf bestimmte Gebiete abzuwerfen.“

Aber: „Das würde meiner Meinung nach den Krieg ausweiten und eskalie-

Und nur gut eine Woche nach Johnsons Gartenparty-Gelöbnis, am 7. September 1964, wurde dieser Luftkrieg auch beschlossen — für Anfang 1965. Bis dahin wollte sich Johnson noch als „Kandidat der Vernunft und der Mäßigung gegenüber dem abenteuerlichen Barry Goldwater präsentieren“.

Daß der Präsident, der sich im Wahlkampf so friedfertig gebärdete, längst zur Ausweitung des Krieges entschlossen war, enthüllte jetzt Amerikas angesehenste Zeitung, die „New York

Doch für die Öffentlichkeit war die Studie nicht bestimmt; sie wurde in nur 15 Exemplaren gedruckt.

Dennoch gelangte ein Exemplar des Supergeheim-Papiers in den Besitz der „New York Times“; sie begann in der vorletzten Woche mit einer groß angelegten Serie über die Pentagon-Papiere. Kaum waren die ersten Folgen erschienen, da griff die vom Report überhaupt nicht betroffene Nixon-Regierung ein.

Telegraphisch forderte Justizminister John Mitchell die Zeitung zum soforti-



Vietnam-Artikel der „New York Times“, Vietnam-Krieger Johnson: „Kongreß und Wähler hinters Licht geführt“

ren, das hätte zur Folge, daß wir uns verpflichten, eine große Zahl amerikanischer Boys in einen Krieg zu schicken, der meines Erachtens von den jungen Leuten Asiens geführt werden sollte.“

Er beschränkte sich, so gelobte der Texaner, lieber darauf, „Ratschläge und Hinweise zu geben, sich ein gesundes Urteil zu bilden und (den Asiaten) qualifizierte Berater sowie Ausrüstungsgegenstände zur Verfügung zu stellen, damit sie sich selbst helfen können“.

Doch als Johnson dies erklärte, sagte er nicht die volle Wahrheit. Denn seit einem Vierteljahr schon planten er und seine Mitarbeiter, was sein Wahlkampfgegner Barry Goldwater öffentlich forderte: einen Luftkrieg gegen Nordvietnam.

Times“ — und entfachte damit den bislang schwersten Konflikt zwischen Staatsmacht und Presse in den USA.

Denn die Enthüllungen stammten aus der geheimen und bis heute umfassendsten Darstellung des amerikanischen Engagements in Vietnam: einer Studie des Pentagon, die 1967 vom damaligen Verteidigungsminister Robert S. McNamara in Auftrag gegeben worden war.

Die Chronik der Irrungen und Wirrungen politischen Denkens in den USA, an der etwa 30 bis 40 Pentagon-Autoren und -Researcher ein Jahr lang arbeiteten, ist insgesamt 2,5 Millionen Worte lang und füllt 74 Bände mit 7000 Seiten.

gen Abbruch der Serie und zur Rückgabe der Studie auf. Antwort der „Times“: Die Veröffentlichung liege „im Interesse der Menschen dieses Landes“.

Nun ging die Regierung mit der Behauptung vor Gericht, das Blatt habe gegen das Spionagesgesetz verstoßen, weil die Veröffentlichung der Dokumente „den Vereinigten Staaten schaden oder von einer auswärtigen Macht ausgenutzt werden könnte“. Strafmaß laut Gesetz: 10 000 Dollar Geldstrafe oder zehn Jahre Gefängnis.

Ein „nie dagewesener Fall von Zensur“, schrieb die „Times“ auf ihrer Leitartikelseite, und tatsächlich war nie zuvor in der Geschichte der USA das

Spionagegesetz gegen ein Presseorgan bemüht worden.

„Der Sinn einer Zeitung“, so konterte denn auch Yale-Professor Alexander M. Bickel als Anwalt des Blattes, „besteht darin, Nachrichten zu veröffentlichen, und nicht darin, ihr Redaktionsprogramm zur Genehmigung der US-Regierung vorzulegen.“

Der New Yorker Richter Murray I. Gurfein folgte allerdings zunächst einmal — teilweise — den Anträgen der Regierung. Vorigen Dienstag bestimmte er mit einstweiliger Verfügung: Bis zur ordentlichen Verhandlung muß die „New York Times“ den Abdruck der Dokumente und die kommentierende Analyse ihres Star-Reporters Neil Sheehan unterbrechen. Dem Justizministerium gelang es jedoch nicht, die Zeitung gerichtlich zur Rückgabe der Studie zu zwingen.

In der „Times“ kommentierte James Reston: „Bewußt oder unbewußt hat Mitchell eine grundlegende Frage aufgeworfen: Was verursacht irreparablen Schaden? Die Veröffentlichung von Dokumenten, in denen die Schwächen und Täuschungsmanöver der Regierung in Fragen von Krieg und Frieden dargelegt werden? Oder die Zensur dieser Dokumente im Namen der nationalen Sicherheit?“

Restons Frage beantwortete sich nicht von selbst: Denn in Washington wird befürchtet, daß ausländische Geheimdienste anhand der in der „New York Times“ veröffentlichten Originaldokumente den gesamten amerikanischen Kode der sechziger Jahre entschlüsseln könnten. Andererseits liegen sämtliche behandelten Ereignisse mindestens vier Jahre zurück. „Allzuoft“, schrieb Senator J. William Fulbright an den Herausgeber der „Times“, Arthur Ochs Sulzberger, „wird nationale Sicherheit als Vorwand benutzt, um persönliche Schwierigkeiten zu verschleiern.“

Schwierigkeiten könnten der Nixon-Regierung durch die Pentagon-Papiere entstehen. Im Mai schon kritisierten 67



Zwischenfall im Golf von Tonkin (1964): „Strategie der Provokation“

Prozent der von Demoskopern befragten Amerikaner, die Regierung sage „nicht alles über Vietnam“. Die Zahl der Mißtrauischen wird möglicherweise noch weiter steigen, weil die Studie mit Gewißheit einen Vertrauensschwund gegen die US-Regierung als Institution zur Folge haben dürfte.

„Wenn man liest“, berichtete die „Neue Zürcher Zeitung“ aus Washington, „wie im Wahlfrühling 1964 das ‚szenario‘ für alles, was dann nach der Wahl durchgeführt wurde, geschrieben wurde ... beschleicht einen das Gefühl, daß der Kongreß und die Wähler in jenem Jahr auf beinahe zynische Weise hinters Licht geführt wurden.“

„Ein ausführliches Programm geheimer Operationen.“

Das geschah 1964/65 in drei Fällen:

- ▷ im August 1964, als die „Tonkin-Resolution“ durch den Kongreß genehmigt wurde;

- ▷ im September 1964, als im Weißen Haus „allgemeine Übereinstimmung“ über einen künftigen Luftkrieg gegen Nordvietnam erzielt wurde;

- ▷ im Frühjahr 1965, als der Einsatz amerikanischer Bodentruppen für *Offensiv*-Operationen beschlossen und monatelang verschwiegen wurde.

Im Golf von Tonkin hatten nordvietnamesische Torpedoboote am 4. August 1964 den amerikanischen Zerstörer „Maddox“ beschossen. Schon fünf Stunden später bestrafte Johnson die rote „Provokation“ mit einem Gegen-schlag: 64 US-Maschinen flogen erstmals Bombenangriffe gegen Nordvietnam. Und knapp drei Tage später verabschiedeten beide Häuser des Kongresses die von der Regierung eingebrachte Tonkin-Resolution:

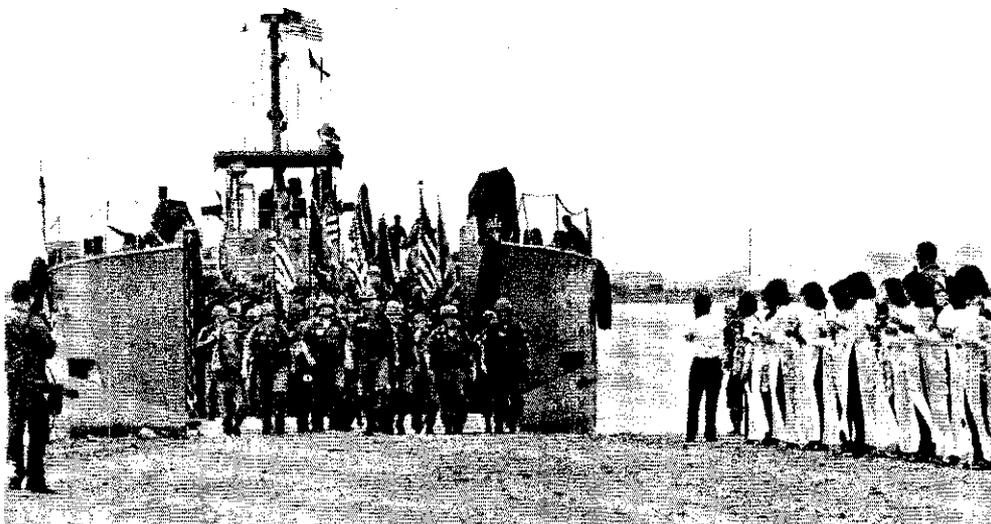
Der Kongreß billigt und unterstützt die Entschlossenheit des Präsidenten, als Oberbefehlshaber alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um jeden bewaffneten Angriff gegen die Streitkräfte der Vereinigten Staaten zurückzuweisen und weitere Aggressionen zu verhindern.

Die Regierung, so mußte es scheinen, hatte schnell gehandelt. In Wahrheit aber waren Vergeltungsschlag und Resolution schon Monate zuvor eingeleitet worden, wie die „New York Times“ jetzt enthüllte.

So hatte Lyndon Johnson bereits am 1. Februar 1964 den „Operation Plan 34 A“ befohlen — „ein ausführliches Programm geheimer militärischer Operationen gegen den Staat Nordvietnam“ (Pentagon-Studie).

Plan 34 A sah vor: Einschleusen von Sabotage-Teams nach Nordvietnam, Sprengung von Straßen, Brücken und Bauwerken, Luftangriffe durch T-28-Jagdbomber mit laotischem Hoheitszeichen. So geschah es.

Plan 34 A aber sah auch vor: Süd-vietnamesische Landungstruppen unter Order des US-Oberbefehlshabers in



US-Truppenverstärkung in Vietnam: „Weg ohne Umkehr“

Vietnam, General Westmoreland, überfallen am 30. Juli 1964 die nordvietnamesischen Inseln Hon Me und Hon Nieu im Golf von Tonkin. So geschah es.

Erst auf diese Provokation reagierte Hanoi mit der Attacke gegen die „Maddox“ — und das gab den Amerikanern die Gelegenheit zum lang ersehnten großen Gegenschlag. Für diesen Fall waren die Ziele schon im Frühjahr festgelegt worden; für diesen Fall auch hatte das State Department im Frühjahr mit der Formulierung der Resolution begonnen, die der Regierung später als „funktionelles Äquivalent einer Kriegserklärung“ (Vize-Außenminister Katzenbach) diene.

Die Vergeltungsflüge, durch den „Maddox“-Zwischenfall ermöglicht, „markieren das Überschreiten einer wichtigen Schwelle“ (Studie). Sie wurden

praktisch ohne jede innere Kritik durchgesetzt, ja sogar mit einem deutlichen Anstieg der öffentlichen Unterstützung für die Regierung. Der Präzedenzfall für Angriffe gegen den Norden war damit gegeben, und das zu einem vergleichsweise niedrigen Preis...

Es gab allerdings einen Preis: Die Zahl der noch möglichen Maßnahmen außer einer direkten Militäraktion gegen den Norden war geringer geworden. Ein größeres, sichtbares Engagement war mit einer Einschränkung der Beweglichkeit erkauft worden.

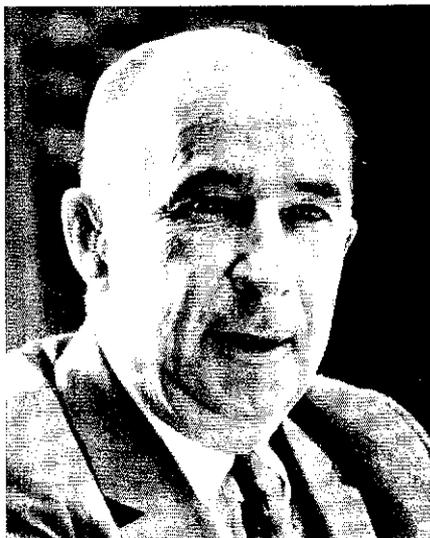
Die Aktionen „Flammender Speer“ und „Rollender Donner“.

Im Februar 1965 griffen Vietcong-Partisanen den amerikanischen Stützpunkt Pleiku an. Neun Amerikaner wurden getötet, 76 verwundet. Wie ein halbes Jahr zuvor beim Angriff auf die „Maddox“ reagierte der Präsident sofort: 49 Jets der U.S. Navy starteten zum Vergeltungsschlag gegen Nordvietnam.

Freilich — die „drastische US-Aktion hatte unter dem Code-Namen ‚Flammender Speer‘ schon lange auf den Reißbrettern der militärischen Planer gestanden“, wissen die Autoren der Studie. Und Johnson beließ es nicht bei dieser einen Aktion, sie löste vielmehr „eine schnelle Folge von Ereignissen aus, die den Charakter des Vietnamkriegs und Amerikas Rolle in diesem Krieg veränderten“.

Denn auf den „Flammenden Speer I“ folgte fünf Tage später der „Flammende Speer II“, und am 13. Februar 1965 schließlich gab Lyndon Johnson die Operation „Rollender Donner“ frei — den Luftkrieg gegen Nordvietnam. Die Regierung, so mochte es scheinen, war durch die Überfälle der Partisanen zu einer Eskalation des Krieges gezwungen worden.

Tatsächlich aber hatten Johnson und seine Berater schon am 7. September 1964 im Weißen Haus eine „Strategie



US-Justizminister Mitchell
„Ein nie dagewesener Fall...“

der Provokation“ diskutiert: „Vorsätzliche Versuche, die Volksrepublik Vietnam zu provozieren, solche Aktionen zu unternehmen, die dann mit einer systematischen US-Bomben-Attacke beantwortet werden können“. Der Plan, so erläuterte McNamaras Stellvertreter John McNaughton, „soll uns gute Gründe liefern zu eskalieren, wenn wir es wünschen“ (Studie).

Und am 3. November 1964, demselben Tag, an dem Lyndon Johnson bei den Präsidentschaftswahlen als gemäßigter Kandidat über den radikalen Barry Goldwater triumphiert hatte, begann im Weißen Haus die detaillierte Planung des Bombenkrieges. In einem Papier „Aktion für Südvietnam“ entwickelte McNaughton drei Modelle:

- ▷ Vergeltungsschläge wie bisher, verstärkte Geheimeinsätze;
- ▷ Bombardierung Nordvietnams „ohne Unterbrechung“ bis zur Erfül-



„New York Times“-Verleger Sulzberger*
... von Pressezensur“

lung aller amerikanischen Forderungen;

- ▷ abgestufter Luftkrieg, möglicherweise Einsatz von Bodentruppen.

Lösung eins war nahezu allen Beteiligten zuwenig, Lösung zwei den meisten zuviel aus Furcht vor einem Eingreifen Chinas — für den Tag X wurde ein kombiniertes Modell beschlossen: 30 Tage lang gezielte Vergeltungsschläge, dann kontinuierlich ausgeweiteter Luftkrieg „Rollender Donner“.

„Die Hoffnung der Offiziellen“, so wiederholten die Chronisten, „war groß, daß das Programm ‚Rollender Donner‘ ... Hanoi schnell von der Notwendigkeit überzeugen würde, über eine Beendigung des Krieges im Süden zu verhandeln.“

Doch schon einen Monat nach dem ersten Donner wurden Zweifel an der Wirksamkeit des Luftkriegs laut. Die Bombardierungen könnten möglicherweise ohne Erfolg bleiben, erklärte Johnsons Sicherheitsberater McGeorge Bundy. „dennoch scheint dieses Programm billig im Vergleich zu den Kosten einer Niederlage in Vietnam. Und selbst wenn es nicht zu einem Wandel führen sollte — was durchaus der Fall sein kann —, scheint uns der Vorteil dieser Operation die Nachteile aufzuwiegen“.

Mit dem — wenn auch kurzen — Abstand des Chronisten urteilten die Pentagon-Autoren nüchterner:

Die Bombardierungen scheinen Hanoi Rückgrat eher zu stärken als zu brechen... und so blieben den USA schließlich zwei Möglichkeiten: sich einseitig aus Vietnam zurückzuziehen und die Südvietsamesen ihrem eigenen Schicksal zu überlassen oder aber Bodentruppen zur Erreichung ihrer Ziele einzusetzen.

Von Johnsons Beratern plädierte nur einer für den Abzug — der stellvertretende Außenminister George Ball:

Ball war kaltblütig in seiner Analyse. Er wußte, daß die USA unvermeidlich bei ihren asiatischen Verbündeten Gesicht verlieren würden, wenn sie irgendeine Konferenz ins Leben riefen, die mit dem Rückzug der US-Streitkräfte endete. Aber dieser Verlust wäre nur von kurzer Dauer, und die USA könnten aus dieser schwierigen Periode als eine „weisere und reifere Nation“ hervorgehen.

„Eintritt in einen asiatischen Landkrieg.“

Ball war offenbar der einzige, der zu jenem Zeitpunkt bereits mit dem Dogma der amerikanischen Nachkriegsregierungen, der Domino-Theorie, gebrochen hatte: die übrigen Ratgeber des Präsidenten mochten nicht glauben, was der Geheimdienst CIA — ausnahmsweise einmal weitzblickend — schon im Juni 1964 erklärt hatte. Auf Johnsons Frage: „Würde der Rest Südostasiens zwangsläufig verlorengehen, wenn Laos

* Während einer Presskonferenz, auf der er vergangene Woche die Vietnam-Enttüllung verteidigte

und Südvietnam unter kommunistische Kontrolle gerieten?“, analysierte die CIA: „Mit der möglichen Ausnahme von Kambodscha würde wahrscheinlich keine Nation jenes Gebietes in absehbarer Zeit kommunistisch werden“ (Studie).

Dennoch — vor der Alternative Rückzug oder Bodentruppen entschied sich der Präsident im Frühjahr 1965 für eine weitere Eskalation des Krieges, wurde die letzte „Schwelle überschritten“ — der Eintritt in einen asiatischen Landkrieg“.

Am 31. März noch versicherte Johnson vor Journalisten: „Mir ist nicht bekannt, daß eine weitergehende Strategie vorgeschlagen oder vorangetrieben wird.“ Doch wiederum, so die Studie,

war der Präsident nicht ganz aufrichtig. Die Vorschläge, die in diesem Augenblick vorangetrieben wurden und für die er sich am nächsten Tag entschied, enthielten durchaus eine weitergehende Strategie: die Annahme eines Konzepts, das den Einsatz amerikanischer Truppen in offensiven Bodenoperationen gegen asiatische Aufständische vorsah.

Tatsächlich befahl Johnson am 1. April, 3500 in Danang stationierte Marineinfanteristen sollten künftig nicht mehr nur ihre Stellungen beschützen, sondern auch den Gegner angreifen.

Allerdings: Die Öffentlichkeit sollte weder davon noch von einer fünf Tage später befohlenen Verstärkung der US-Truppen in Vietnam um 18 000 bis 20 000 Mann erfahren. „Der Präsident wünscht“, so lautete Punkt elf im Memorandum Nummer 328 seiner Beratergruppe für nationale Sicherheit, „daß eine vorzeitige Bekanntgabe unter Einsatz aller möglichen Vorsichtsmaßnahmen vermieden wird.“

Die Vorsichtsmaßnahmen gingen so weit, daß Johnsons eigener Botschafter in Saigon, General Maxwell Taylor, zwei Wochen später „wie vor den Kopf geschlagen war“, als er von der Entsendung der 173. Luftlande-Brigade nach Vietnam erfuhr, „denn er war ganz offensichtlich nicht eingeweiht“ (Studie).

Taylor's Protestkabel, man möge mit der Entsendung noch warten, beantwortete McNamara-Stellvertreter McNaughton: „Höchste Stellen (der Präsident) glauben, die Situation in Südvietnam habe sich verschlechtert. Zusätzlich zu den Aktionen gegen den Norden müsse auch im Süden etwas getan werden, um den Sieg zu erringen.“

Daß Amerika längst den Weg ohne Umkehr beschritten hatte, erfuhr die Bevölkerung „beinahe zufällig“ (Studie) durch eine Presseverlautbarung des State Department am 8. Juni. Amerikas Soldaten, so hieß es dort, seien auch „bereit für Kampfhilfe“ im Dschungel.

Dahinter verbarg sich ein Johnson-Befehl vom Vortag. „Schnell und in einer Atmosphäre der Krise“ (Studie) hatte der Präsident seinem Vietnam-OB Westmoreland die Entsendung von nahezu 200 000 GIs bewilligt.

„Die Studie vermittelt den Eindruck“, so analysierte Neil Sheehan in der „New York Times“. „daß der Krieg nicht so sehr unter dem Gesichtspunkt geführt wurde, was er für die Bevölkerung Südvietnams bedeute, als vielmehr unter dem Aspekt, wie er sich auf die Position der USA in der Welt auswirke.“

FBI-Jagd auf den „Times“-Informanten.

Was dieser Krieg für die Weltmacht Amerika zumindest zu Johnsons Zeiten bedeutete, formulierte John T. McNaughton später so:

- ▷ „Zu 70 Prozent wollen wir eine demütigende amerikanische Niederlage vermeiden (weil das unseren Ruf als Schutzmacht berühren würde);



US-Bomber über Nordvietnam: „Wichtige Schwelle überschritten“

- ▷ zu 20 Prozent wollen wir Südvietnam (und benachbarte Gebiete) nicht den Chinesen in die Hände fallen lassen;

- ▷ zu 10 Prozent wollen wir der Bevölkerung Südvietnams die Möglichkeit geben, sich eines besseren, freieren Lebens zu erfreuen.“

Drei Tage lang, auf insgesamt über 18 engbedruckten Seiten, entzauberte die „New York Times“ die liebgewordene Legende, Amerika sei wider Willen in den Krieg in Südostasien hineingeraten.

Doch als jetzt der außenpolitische Senatsausschuß vom Pentagon ein Exemplar der Studie erbat, wurden J. William Fulbright und seine Kollegen abgewiesen: Das Material sei „streng geheim“.

Es war offenbar, bevor es an die „New York Times“ gelangte, so geheim

gewesen, daß nicht einmal die Vertrauten Nixons es kannten. Professor Henry Kissinger jedenfalls, der Sicherheitsberater des Präsidenten, erfuhr von der Existenz der Studie erst, als er am Morgen des 13. Juni die Sonntagsausgabe seiner „New York Times“ von der Türschwelle ins Haus holte.

FBI und Justizminister waren schon informiert, als Nixons Mitarbeiter die Vietnam-Enzyklopädie noch lasen. Das FBI machte Jagd auf den Verräter. Vergangenen Mittwoch behauptete ein ehemaliger „New York Times“-Reporter, die Zeitung habe den Geheimbericht von dem einstigen Pentagon-Beamten Daniel Ellsberg erhalten. Ellsberg gehört zu den Autoren der Studie.

Die „Times“-Serie fand weltweites Echo. Moskaus „Prawda“ begann am Donnerstag mit dem Nachdruck der Vietnam-Auszüge. Überschrift: „Der Aggressor am Schandpfahl.“

In den USA spitzte sich unterdes die Kontroverse um die Veröffentlichung weiter zu. 63 Kongreßabgeordnete forderten die Regierung auf, die gesamte Studie zu publizieren. Die „Washington Post“ setzte an Stelle der „Times“ die Veröffentlichung fort.

Während Regierung und Opposition die Frage diskutierten, ob das Recht auf Pressefreiheit oder das Recht der Regierung, Geheimnisse geheimzuhalten, den Vorrang verdiene, schwieg sich der Hauptbetroffene der „Times“-Enthüllungen aus.

Lyndon B. Johnson, Pensionär in Texas, ließ seinen Verlag Holt Rinehart & Winston lediglich mitteilen, die „Times“-Veröffentlichung sei kein Anlaß, seine schon im Korrekturabzug vorliegenden Memoiren zu ändern.

Hauptbestandteil der LBJ-Erinnerungen: sechs Kapitel über Johnsons Vietnampolitik.